

Zweckverband Berufliches Schulzentrum tagt

Die Entwurfsplanung für die Berufsschule I bis III soll bis Anfang 2021 abgeschlossen sein – unzureichende Parkplatzsituation dauert an

Kempten/Landkreis – Zur vierten Sitzung des Jahres und erstmals in neu zusammengesetzter Konstellation traf sich die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Berufliches Schulzentrum am vergangenen Mittwoch im großen Sitzungssaal des Rathauses. Themen waren unter anderem die anhaltend schwierige Parkplatzsituation für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte und die Baumaßnahmen an der FOS/BOS sowie der BS I-III. Der OB sprach eingangs von historischen Summen, die in Zukunft anfallen würden und dass sie auf das, was gemeinsam mit dem Landkreis im Bildungsbereich geleistet werde, stolz sein könnten.

»Ansprüche zurückschrauben«

Um eine Lösung der Parkierung werde es in der heutigen Sitzung nicht gehen, betonte Kemptens Oberbürgermeister und Verbandsvorsitzender Thomas Kiechle, als es um die Anpassung der Parkgebührenordnung für Tiefgaragenstellplätze ging. Mit Blick in die Zukunft sprach er jedoch von einer Lösung, die nicht für alle befriedigend sein werde, und bat darum, die „eigenen Ansprüche zurückzuschrauben“. Derzeit würden noch Gespräche geführt, sodass voraussichtlich in der kommenden Sitzung über eine mögliche Lösung diskutiert werden könne. Stattdes-

sen stand für die Tiefgarage eine Parkgebührenerhöhung von 176 Euro auf 240 Euro Jahresbeitrag zur Diskussion, die den Lehrkräften eine Stellplatzgarantie sicherstelle. Die Erhöhung, die der OB als „angemessene Anpassung“ bezeichnete, wurde einstimmig beschlossen. Dennoch bleibe die Situation angespannt, da aufgrund der Tiefgaragensanierung momentan nur 54 Stellplätze auf bis zu 400 Interessenten kämen, wie Geschäftsleiter Eberhard Mangold berichtete. Der Stadtrat und ehemalige Hochschulpräsident Prof. Dr. Robert F. Schmidt (CSU) verwies darauf, dass noch mehr Schülerinnen und Schüler kostenlos auf dem Hochschulgelände parken würden, wenn auch die Schülerschaft Parkgebühren bezahlen müsse. Mangold erklärte, dass es aktuell nur um die Lehrerparkplätze gehe, und der OB versprach, das Anliegen Schmidts mit in die vorbereitende Arbeitsgruppe zur Lösungsfindung der Parkplatzsituation zu nehmen.

Christof Endreß, Kreisrat und Bürgermeister der Gemeinde Blaichach, erkundigte sich nach den Plänen für die Allgäu-halle. Würden dadurch weitere Parkplätze verloren gehen, „wird es zum wirklichen Problem“. Kiechle erklärte, dass es noch keine Entscheidung über die künftige Nutzung gebe und derzeit die Statik der denkmalgeschützten Bereiche geprüft werde. Er gehe davon aus, dass die Parkplätze noch eine lange Zeit zur Verfü-

gung stehen werden. Stadtrat Michael Hofer (UB/ödp) schlug zur Entlastung der Parkplatzsituation „personalisierte Radboxen“ vor und erkundigte sich nach der Option eines Jobtickets, das in der freien Wirt-



Die rückläufigen Schülerzahlen am Berufsschulzentrum passen nicht zur aktuellen Forderung nach zusätzlichen Klassenzimmern trotz Neubau.

Archivfoto: Lehmann

schaft sehr gut funktioniere. Kiechle erläuterte dazu, dass der Arbeitgeberanteil beim Jobticket verpflichtend sei und dementsprechend das Kultusministerium mitspielen müsste.

Status Quo der Baumaßnahmen

Zum aktuellen Stand der Baumaßnahmen an der FOS/BOS so-

wie der BS I-III gab Dr. Björn Nohe vom beauftragten Bau- und Immobilienberatungsunternehmen Drees & Sommer Auskunft. Bei der FOS/BOS hätten die Rohbauarbeiten begonnen und sie seien mitten in den Ausschrei-

bungen und Vergaben. 52 Prozent oder rund 16 Millionen Euro müssten noch vergeben werden. Nohe prognostizierte, dass die geplanten Kosten beim derzeitigen Kenntnisstand eingehalten werden könnten. Bei der BS I-III soll die Entwurfsplanung bis Anfang 2021 abgeschlossen sein. Anhand der geleisteten Vorplanungen zur beschlossenen Ge-

neralsanierung sei diese verglichen mit einem Neubau kostentechnisch nicht nachteilig. Nohe räumte jedoch ein, dass die Kostenprognose für den Neubau auf zahlreichen Schätzungen beruhe, da nur wenige Informatio-

Objekt, für unwahrscheinlich. Des Weiteren könne heutzutage leichter in die Höhe gebaut werden, wodurch bei einem Neubau Fläche zur anderweitigen Nutzung frei werden würde. Geiger wisse, dass die Grundsatzbeschlüsse bereits gefallen und erste Gelder in die Vorplanung und die Tiefgaragensanierung zu fließen seien, dennoch habe er es ansprechen müssen, da für ihn eine nachhaltige Lösung anders aussehe. Hinsichtlich der Nachhaltigkeit erklärte Nohe, dass das Gebäude bis auf den Rohbau zurückgebaut und somit die Gebäudetechnik rund erneuert werde. Kiechle verwies darauf, dass die angesprochenen Themen nicht neu seien und das Gremium in der letzten Periode gewissenhaft gearbeitet habe. „Ich glaube nicht, dass wir einen Fehler gemacht haben. Es war eine Abwägungsentscheidung.“

Neufassung der Verbandsatzung

Vor dem Hintergrund, das Organigramm anzupassen, um den zukünftigen Herausforderungen des Beruflichen Schulzentrums gerecht zu werden, sei im Mai eine Satzungsänderung beschlossen worden, die so nicht genehmigt werden könne, erklärte Mangold. Bisher sei das Gremium personell sehr schmal aufgestellt gewesen, ergänzte Kiechle dazu. Dies solle in dreierlei Hinsicht optimiert werden, indem Aufgaben an das fachkundige Personal der Stadtverwaltung sowie

des Landratsamtes abgegeben und die Geschäftsführung gestärkt werde. Es wurde einstimmig beschlossen, in der nächsten Sitzung die Neufassung der Satzung vorzulegen. Schmidt erinnerte an die Intention des bisherigen Beschlusses, nämlich Synergien mit der Stadtverwaltung zu nutzen, Kosten einzusparen und effizient zu arbeiten. Kiechle gab an, dass dies beim Ringen um die beste Organisationsform nicht zu kurz kommen werde.

Schülerzahlen rückläufig

Derzeit gebe es 6078 Schülerinnen und Schüler in 256 Klassen, 2016 seien es noch rund 6400 Schüler gewesen, ging Mangold auf die aktuelle Schülerstatistik ein. Somit seien es 2020 24 Klassen weniger, wodurch acht Klassenräume weniger benötigt würden. Dies passe nicht zur vorhandenen Forderung, dass trotz Neubau zusätzliche Klassenzimmer gebraucht würden, so der Geschäftsleiter weiter.

Haushaltssatzung 2021

Im Haushaltsplan des kommenden Jahres seien rund 5,9 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt und ca. 20 Millionen Euro im Vermögenshaushalt vorgesehen. Des Weiteren sei ein Kreditvolumen von 5,9 Millionen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen festgesetzt worden. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt liegt bei 22 Millionen Euro. **db**